

Der Vorfall wurde zwar, wie gesagt, von einem relativ unbedeutenden Ereignis ausgelöst, spiegelte aber die Kluft zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Einwanderern vom chinesischen Festland sowie der hauptsächlich von diesen gebildeten Regierung wider. Taiwan war 50 Jahre lang von China an Japan abgetreten worden. Nach der Niederlage Japans im 2. Weltkrieg kehrte die Insel 1945 wieder an China zurück. Dies nahmen die Insulaner zunächst mit großer Freude auf, die aber infolge der disziplinlosen Truppen und korrupten Beamten der nationalchinesischen Regierung während der Periode der Regierungsübernahme großer Enttäuschung wich. So griffen die Einheimischen bei dem Aufstand vom 28. Februar 1947 nicht nur die Behörden an, sondern machten Jagd auch auf die Festländer.

Viele Einheimische kamen bei der Unterdrückung des Aufstands um. Die Zahl der Opfer, über die es keine offiziellen Angaben gab, wurde auf Zigtausende geschätzt. Obendrein sitzen nicht wenige der damaligen aufständischen Führer jetzt noch im Gefängnis oder leben im Exil. Für einen großen Teil der Bevölkerung, Insulaner und Festländer, die sich an den Unruhen beteiligten oder sie miterlebten, ist das Datum des 28. Februar noch ein Trauma. Das alte Mißtrauen ist auch deswegen immer noch nicht ganz gewichen, weil die einheimische Bevölkerung in den wichtigsten Staatsorganen unterrepräsentiert ist.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Tragödie vom 28. Februar hat die MJD, deren Mitglieder überwiegend Einheimische sind, zwischen dem 14. und 28. Februar in mehreren Städten eine Reihe von Gedenkversammlungen sowie Demonstrationen abgehalten, wobei die Regierung aufgefordert wurde, den Tatbestand der Affäre bekanntzugeben, eine Gedenktafel für die unschuldigen Opfer zu errichten und deren Hinterbliebenen Wiedergutmachung zu leisten. Die Bevölkerung wurde aber auch aufgerufen, den Haß zu vergessen und den 28. Februar zum "Tag des Friedens" zu erklären. Die Veranstaltungen verliefen auch durchweg friedlich.

Nicht nur die Oppositionellen, sondern auch zahlreiche der Regierungspartei nahestehende Zeitungs-

kommentatoren und Historiker befürworteten im Geist der Versöhnung eine wissenschaftliche Untersuchung des Vorgangs durch Hinzuziehung der bisher noch nicht zugänglichen Akten. (LHB, 28.2.87; Shibao Xinwen-zhoukan, Taipei, 3. bis 9.3.87)

Auf die Anfrage einer einheimischen jungen Abgeordneten, Wu Demei, antwortete Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) am 10. März im Gesetzgebungsyuan, daß die Affäre vom 28. Februar eine unglückliche Wunde darstelle, die aber bereits längst verheilt sei. Die Regierung befürworte zwar nicht, alte Wunden durch Demonstrationen wieder aufzureißen, habe aber niemals jemanden daran gehindert, diese Frage zu diskutieren oder sie wissenschaftlich zu untersuchen. Wu, die der Regierungspartei angehört, fragte im Hinblick auf die Kluft zwischen den Insulanern und Festländern in der Regierungspersonalpolitik, warum die Einheimischen immer nur Posten als Innen-, Verkehrs- und Justizminister bekleideten, nicht aber Finanz-, Wirtschafts-, Verteidigungsminister oder Ministerpräsident werden könnten. (DGB, 13.3.87) -ni-

Hongkong und Macau

*(51)

Sino-portugiesische Vereinbarung über die Zukunft von Macau

Nach vier Verhandlungsrunden seit Juni des vorigen Jahres wurde eine gemeinsame Vereinbarung zwischen den Regierungen der VR China und Portugals am 26. März paraphiert. Danach soll Macau ab 20. Dezember 1999 eine Sonderverwaltungszone Chinas werden, und zwar mit der Aufrechterhaltung des gegenwärtig bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems für 50 Jahre.

Die Sonderzone wird direkt der Zentralregierung in Beijing unterstehen und mit Ausnahme der außenpolitischen und Verteidigungsangelegenheiten hohe Autonomie genießen, die die Verwaltung, Gesetzgebung und unabhängige Justiz umfaßt. Die Regierung der Sonder-

zone wird ausschließlich durch Ortsansässige gebildet, und der Regierungschef wird nach örtlicher Wahl oder Konsultation von Beijing ernannt.

Die Sonderzone Macau soll weiterhin Freihafen und eine unabhängige Zollregion bleiben mit freiem Kapitalfluß und dem "Macau Pataca" als gesetzliche und konvertierbare Währung. Sie braucht keine Steuereinnahmen an die Zentralregierung abzuführen. Bürgerrechte wie persönliche, Meinungs-, Publikations-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Religions-, Berufs- und Umzugsfreiheit, Streik, Eigentum usw. werden gesetzlich garantiert.

Grundsätzlich hat man in dem paraphierten Abkommen zur Lösung der Macau-Frage das Hongkong-Modell übernommen. So wird auch ein Grundgesetz für die Sonderzone Macau ausgearbeitet. Um eine reibungslose Übergabe Macaus gemäß der Vereinbarung zu gewährleisten, werden ebenfalls, wie im Falle Hongkongs, eine Liaisongruppe sowie eine Kommission zur Lösung der Bodenfragen zwischen Beijing und Lissabon für die Übergangsperiode gegründet.

Anders als im Fall von Hongkong hat die Nationalitätsfrage den chinesisch-portugiesischen Verhandlungen große Schwierigkeiten bereitet, weil unter den auf 450.000 geschätzten Einwohnern Macaus über 50.000 - meistens Macanesen, also chinesisch-portugiesische Mischlinge - einen portugiesischen Paß haben. In einem portugiesischen Memorandum wird erklärt: Einwohner Macaus, die am 19. Dezember 1999 gemäß portugiesischem Gesetz einen portugiesischen Paß besitzen, können ihn auch danach benutzen; ab 20. Dezember 1999 darf keiner mehr aufgrund seiner Verbindung zu Macau die portugiesische Staatsbürgerschaft erwerben.

Die chinesische Seite erklärte in ihrem Memorandum: Alle Einwohner Macaus, ob sie ein portugiesisches Reise- oder Ausweisdokument besitzen oder nicht, sind chinesische Staatsbürger, wenn sie den Bestimmungen des chinesischen Nationalitätsgesetzes entsprechen. Im Hinblick auf Macaus historischen Hintergrund und die tatsächliche Situation, so heißt es, erlauben die zuständigen Behörden der VR China, daß chinesische Bürger

in Macau auch nach der Gründung der geplanten Sonderzone ihr ursprünglich portugiesisches Reisedokument für Reisen in andere Staaten oder Regionen benutzen können, allerdings genießen sie in der Sonderzone Macau sowie in anderen Gebieten der VR China keinen portugiesischen konsularischen Schutz (zum Text der Vereinbarung s. RMRB, 27.3.87).

Dies ist nicht ohne Widerspruch, weil das Nationalitätsgesetz der VR China eine Doppelnationalität eindeutig ablehnt. -ni-

*(52)

"Maulkorb"-Paragraph für Hongkongs Presse

Trotz massiven Protesten von Journalisten, Studenten u.a. hat der Legislativrat der britischen Kolonie Hongkong am 11.März das "Public Order (Amendment) Bill" (novelliertes Gesetz für öffentliche Ordnung) verabschiedet, das in einem umstrittenen Paragraph Strafen von bis zu 100.000 HK\$ (umgerechnet rund 12.800 US\$) und zwei Jahren Zuchthaus für denjenigen vorsieht, der falsche Nachrichten veröffentlicht und dadurch möglicherweise Unruhe in der Öffentlichkeit verursacht oder die öffentliche Ordnung stört. Das neue Gesetz, das von seinen Gegnern als "Maulkorb für die Presse" bezeichnet wurde, löste selbst in der breiten Öffentlichkeit Unruhe aus. Die Hongkonger Journalistenvereinigung HKJA sandte der britischen Königin ein Schreiben mit der Bitte um Aufhebung des betreffenden Paragraphen. Das International Press Institute in London und die Press Foundation of Asia in Manila haben das Gesetz ebenfalls scharf kritisiert. Eine lokale chinesischsprachige Zeitung druckte demonstrativ in der sonst für Leitartikel gedachten Kolumne nur den einen Satz: "Die Pressefreiheit ist tot!" (FEER, 26.3.87; AWSJ, 12.3.87; DGB, 12.-14.3.87)

Die koloniale Regierung von Hongkong bezeichnete die Protestwelle als Sturm im Glas. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Pressefreiheit in Hongkong allgemein anerkannt sei. David Ford, Chief Secretary (Leiter der Verwaltung) der Regierung, sagte, daß die Regierung durch die Novellierung des Gesetzes zahlreiche strenge Bestimmungen zur Presseüberwa-

chung abgeschafft habe, es sei nur noch die Maßnahme gegen falsche Berichterstattung verantwortungsloser Personen beibehalten. Daher sei er von der Beunruhigung über die Pressefreiheit überrascht (Financial Times, 12.3.87).

Das ursprüngliche Gesetz wurde 1951 von den kolonialen Behörden erlassen, hauptsächlich, um mögliche Infiltrationen und Agitationen seitens chinesischer Kommunisten nach der Machtübernahme auf dem chinesischen Festland zu bekämpfen. Bislang ist es auch nur einmal angewandt worden und zwar während der Unruhen 1967 in Hongkong, die im Zusammenhang mit der chinesischen Kulturrevolution standen. Damals wurden drei kommunistische oder prokommunistische Zeitungen in der Kolonie für sechs Monate suspendiert.

Es ist Ironie, daß die britische Kolonialregierung jetzt verdächtigt wird, unter dem Einfluß der VR China, die 1997 Hongkong zurücknehmen wird, den Maulkorb für die Presse renoviert zu haben - gerade zu einem Zeitpunkt, da in der VR China die Kampagne gegen die "bürgerliche Liberalisierung" stattfindet (Financial Times, 11.3.87).

Kurz nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes wurde in der Presse weiterhin enthüllt, daß die Regierung unter Rücksicht auf Beijing 34 Jahre lang ohne Gesetzgrundlage Filmzensuren durchgeführt habe (AWSJ, 17. u.25.3.87).

Die Hongkonger Regierung wies den Verdacht einer Beeinflussung durch Beijing entschieden zurück (DGB, 13.3.87). Auch der stellvertretende Direktor der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* - der authentischen Vertretung der chinesischen Regierung in Hongkong -, Chen Bojian, dementierte eine chinesische Einmischung in dieser Angelegenheit und sagte, seine Presseagentur habe keine Sorgen mit dem Gesetz, da sie niemals falsche Nachrichten veröffentlichte (FEER, 26.3.87). -ni-

*(53)

Hongkongs Wirtschaftsbeziehungen zu der Bundesrepublik

Am 4.März wurde ein Delegiertenbüro des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) in Hongkong

(The Delegate of German Industry and Commerce, 701 Euro Trade Centre, 13-14 Connaught Road, Central, Hongkong; P.O. Box 71 21; Tel. 5-265 481, Telex 60 128, Telefax 5-810 60 93, FS-Nr.601 28) vom DIHT-Hauptgeschäftsführer Dr.Schoser offiziell eröffnet. Zum Leiter des Büros wurde Götz Funk bestellt, der gleichzeitig in Personalunion die Funktion des Geschäftsführers der "Vereinigung der deutschen Kaufmannschaft in Hongkong" (German Business Association) ausübt.

Das neue Büro des DIHT soll nicht nur Investitionsberatung, Kontakthilfe- und Vermittlungsdienste in Hongkong, sondern auch in den benachbarten südchinesischen Provinzen leisten, die ebenfalls allesamt Wirtschaftsrepräsentanten in Hongkong haben.

Laut Angabe des Hong Kong Trade Development Council (HTDC) in Hamburg ist der Handel der Bundesrepublik mit Hongkong im vorigen Jahr um 34% auf 22 Mrd.HK\$ (umgerechnet rd. 6,1 Mrd.DM) gestiegen. Für dieses Jahr wird eine weitere Ausweitung von bis zu 10% erwartet. Die Bundesrepublik gehört zu den zehn wichtigsten Direktinvestoren der Fertigungsindustrie Hongkongs. Nach einer vor kurzem vorgenommenen Erhebung des Hong Kong Trade and Industry Department sind gegenwärtig 260 deutsche Unternehmen in der britischen Kronkolonie ansässig. Für Hongkong ist die Bundesrepublik sechstgrößter Handelspartner und der größte Importeur von Bekleidung (FAZ, 2.3.87; NfA, 6.3.87; Handelsblatt, 12.3.87). -ni-